

1. Ein sozialeres Bamberg für alle

Soziales steht im Zentrum der politischen Arbeit der BaLi. Bundesweit breitet sich immer mehr Armut aus. Immer häufiger können Menschen mit dem Verdienst selbst aus Ganztagsarbeit ihren Lebensunterhalt oder den ihrer Familien nicht bestreiten; die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Bürger*innen Bambergs, die tagtäglich hart arbeiten, sind immer mehr von Armut bedroht. Oft reicht eine Arbeitsstelle nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Durch steigende Kosten für Miete, Strom, Kinderbetreuung, Versicherungen und Gesundheit bleibt immer weniger Geld im Portmonee. Die Löhne steigen nicht schnell genug, um die höheren Preise abfedern zu können. Von Armut besonders betroffen sind Alleinerziehende, Alte, Frauen und Kinder. Niedrige Renten sind die Folge. Abstiegs- und Verlustängste machen sich breit. Den Kommunen kommt hierbei immer bedeutsamer die Aufgabe der Fürsorge und des sozialen Ausgleichs zu. Es ist ihre Aufgabe, die Teilhabemöglichkeiten einer immer größeren Gruppe von benachteiligten Bürger*innen zu sichern. Das trägt zur Sicherung des sozialen Friedens bei und hindert Menschen daran, bei populistischen und rechtsradikalen Gruppen Anschluss zu suchen.

Die finanzielle Situation von betroffenen Mitbürger*innen wird bisweilen durch eine rigorose Grundhaltung in den Ämtern (Jobcenter, Sozialamt) der Kommunen, auch in der Stadt Bamberg, verschärft. So wird beispielsweise die Auszahlung von Sozialleistungen mit rechtlich fragwürdigen sog. Sanktionen verwehrt oder vermindert. Dazu kommt die herabwürdigende Behandlung der Betroffenen in den Ämtern. Zu ihrer Unterstützung haben Mitglieder der Bamberger Linken Liste die Armuts- und Arbeitsloseninitiative (AuA) gegründet.

Obwohl Sozialleistungsempfänger*innen rechtlich die komplette Übernahme der Wohnkosten durch die Ämter zusteht, müssen Betroffene häufig Wohnkosten aus den sog. Grundbedarfen mit abdecken, weil Wohnraum unterhalb der genehmigten Preisgrenze nicht vorhanden ist. Diese sog. "Grenzen für die Kosten der Unterkunft" (KdU-Grenzen) werden durch die Stadt Bamberg gesetzt. Die BaLi hat sich erfolgreich für eine Erhöhung dieser Grenzen eingesetzt, es bleibt aber noch erheblich Luft

nach oben. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang eine erhebliche Ausweitung des sozialen Wohnraums in der Stadt Bamberg. Die BaLi hat darauf insbesondere bei der Einführung einer Sozialklausel beim Wohnungsneubau hingewirkt; für eine tatsächliche und breite Wirksamkeit müssen hier die wichtigsten Parameter scharf genug eingestellt werden (niedrigere Zielmieten, höhere Quote, längere Bindungsdauer). Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Stadtbau GmbH ist aufgefordert, in wesentlich höherem Umfang Sozialwohnungen zu schaffen.

Die Beträge, die in den staatlichen Sozialleistungen für Verkehr und für soziale Teilhabe eingerechnet sind, ermöglichen den Leistungsempfänger*innen keine umfangreiche Mobilität und soziale Teilhabe. Die Bamberger Linke List e unternimmt weiterhin große Anstrengungen zur Einführung eines städtischen Sozialtickets. Mit diesen Tickets sollen die Menschen Stadtbusse zum halben Preis (oder im Monatsabo für 15,00 €) nutzen können. In städtischen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Museen, der VHS oder der Musikschule soll ebenfalls 50% Ermäßigung gewährt werden. Private Einrichtungen und Geschäfte können für Passinhaber*innen freiwillige Preisnachlässe ansetzen. Die Ermäßigungspässe sollen den Berechtigten automatisch zusammen mit Bescheiden durch die städtischen Ämter ausgestellt und zugeschickt werden.

Die Bamberger Linke List e begrüßt es, dass im Rahmen des "Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts" in den einzelnen Stadtvierteln konkrete Quartiersarbeit gefördert und eingerichtet wird und dadurch eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft ermöglicht wird. Wir stellen dabei allerdings fest, dass wirtschaftlich benachteiligte Bürger*innen daran kaum beteiligt sind und dass die daraus resultierenden Maßnahmen die Teilhabe-Bedürfnisse von (alters-)armen Menschen nicht widerspiegeln. Es bedarf einer Vorgehensweise, mit der die Belange dieser Mitbürger*Innen proaktiv von Politik und Verwaltung ausgehend mitberücksichtigt werden. Als positives Vorbild dazu gilt uns die Arbeit der "Arbeitsgemeinschaft älterer Bürger Bamberg s", die der "stillen Armut" mit behutsamer, aufsuchender Arbeit begegnet. Die staatlichen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen durch die Stadt Bamberg, wie in Nürnberg, mit möglichst wenig Bürokratie aktiv beworben und den Berechtigten unkompliziert zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt in Bamberg eine sehr engagierte und aktive Hospizbewegung, die durch den Hospizverein Bamberg e.V. initiiert wurde und in den letzten drei Jahrzehnten zu einem interdisziplinären Hospiz- und Palliativzentrum (Hospizverein mit ambulanten Begleitungs- und Informationsangeboten für Interessierte, Schwerstkranke, Sterbende und Trauernde, Sozialstiftung mit Palliativstation und spezialisierter ambulante Palliativversorgung SAPV, Hospizakademie Bamberg) herangewachsen ist. In den kommenden beiden Jahren wird dort ein weiterer Baustein, ein stationäres Kinder- und Jugendhospiz, entstehen.

Wir fordern in naher Zukunft ein stationäres Hospiz auch für erwachsene Menschen in Bamberg und setzen uns für eine Erweiterung des Bamberger Hospiz- und Palliativzentrums in diesem Sinne ein.

Im Bereich des sozialen Ausgleichs fordert die Bamberger Linke Liste:

- keine Behinderung beim Sozialleistungsbezug durch die Ämter sondern vielmehr eine aktive Bewerbung und Förderung von Unterstützungsleistungen
- ein Ende der negativen Darstellung und Ausgrenzung von Sozialhilfeberechtigten
- eine gezielte und proaktive Bewerbung des Bildungs- und Teilhabepakets (und an bezugsberechtigte Mitbürger*innen)
- eine menschenwürdige Mindest-Sozialleistung auch an die Bewohner*Innen des AnKER-Zentrums
- angemessene Höhersetzung der KdU-Grenzen
- die Wiedereinführung des Sozialwohnungsbaus durch erhebliches Engagement der Stadtbau GmbH
- Maßnahmen zu einer deutlichen Verschärfung der Sozialklausel im Wohnungsbau

- eine Unterstützung von Obdachlosen, die nicht auf entwürdigende Abschreckung von der Inanspruchnahme der Obdachlosenunterkünfte zielt
- Bereitstellung eines Kältebusses u.a. mit medizinischer Versorgung
- die Einrichtung einer Bahnhofsmision in Bamberg
- eine Ausweitung der Sozialarbeit und kostenloses Mittagessen an den Schulen
- das Beenden von Stromsperren gegen nicht zahlungsfähige Mitbürger*innen durch die Stadtwerke
- eine kontinuierliche Überprüfung von Armut, inklusive Altersarmut, und deren regelmäßige Berichterstattung als Grundlage für weitere Unterstützungsangebote der Kommune
- das aktive Entgegenwirken gegen die Verdrängung und Ghettobildung durch die Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsstellen mithilfe der Gestaltung einer bunten Stadtlandschaft beispielsweise durch die Erhöhung von Sozialwohnungen in allen Stadtteilen und die Bereitstellung einer ansprechenden Infrastruktur
- zur Verhinderung von Armut, zukünftig alle Anträge im Stadtrat vorab daraufhin zu überprüfen, ob sie zu einer Zunahme der Armut in Bamberg führen könnten